

POLITISCHER BERICHT TSCHECHIEN

April 2005

Gross sagt leise Servus

Regierungskrise in Tschechien beendet

Konservative ODS vor Paradigmenwechsel in Sachen Europäische Verfassung?

Sozialdemokrat Jiří Paroubek neuer Premierminister

Die seit Monaten andauernde Regierungskrise hat die politische Landschaft in der Tschechischen Republik schwer erschüttert. Die Situation schien in den letzten Wochen verfahren, denn tragfähige Lösungen waren kaum in Sicht. Mittlerweile hat eine unerwartete Dynamik Einzug gehalten: Der sozialdemokratische Ministerpräsident Stanislav Gross räumte das größte Hindernis zur Lösung der Krise aus dem Weg: sich selbst. Nun wird die Regierung unter dem designierten Premier Jiří Paroubek in kaum veränderter Zusammensetzung weiter arbeiten. All dies unter Vorbehalt, denn die Parteispitzen müssen noch zustimmen. Denn: spätestens seit dieser Regierungskrise ist in Tschechien keine politische Entscheidung mehr sicher.

Chronologie der Ereignisse: Bordell und Geld in Plastiktüten

Es begann mit einem Bericht in den Medien im Herbst 2004. Premier Gross, der erst im August 2004 eine neue Regierung gebildet hatte, wurde verdächtigt, von ihm bewohnte Luxusobjekte in Prag mit Geldern aus undurchsichtigen Quellen finanziert zu haben. Aus den von ihm selbst verdienten Bezügen konnte dies, so rechnete man fix vor, unmöglich der Fall sein. Gross äußerte

sich zunächst gar nicht. Dann begann er scheinbar, sich widersprechende Informationen weiter zu geben: das Geld hätte ihm eine Bank geliehen. Welche? Darauf Schweigen. Plötzlich ließ er verlauten, er hätte das Geld von seinem Onkel. Auf Anfrage gab dieser an, er hätte es sich ebenfalls bei einer Bank geliehen, konnte aber den Namen nicht nennen. Zur Überraschung der tschechischen Öffentlichkeit gab er schließlich bekannt, er hätte die Summe in einer Plastiktüte aus Deutschland eingeführt. Kaum war das Gelächter verhallt, meldete sich ein Journalist namens Rod und erklärte, er hätte den Betrag Gross' Onkel geliehen. In der Zwischenzeit begann man interessiert, sich mit Frau Grossová's Unternehmensbeteiligungen und Immobiliengeschäften zu beschäftigen, um festzustellen, dass diese ebenfalls über teure Immobilien verfügte, die offensichtlich nicht mit Grundschulden belastet waren. Als dann Fr. Grossová's Freundschaft mit einer Unternehmerin aus dem Rotlichtmilieu offenbar wurde (diese beeilte sich zu versichern, sie betriebe kein Bordell), reichte es den bislang in Nibelungentreue zur Seite stehenden mitregierenden Christdemokraten: Parteivorsitzender Kalousek forderte Ende Februar 2005 umgehend Gross' Rücktritt. Er verband gleich damit die Drohung, ansonsten verlasse seine Partei die Koalition. Zunächst sah es so aus, als hätte Kalousek sich verrannt. Generalsekretär Rybář bekräftigte dennoch stetig, die Fortführung der Koalition wäre nur ohne Gross denkbar. Zum Prüfstein sollte der Parteitag der Sozialdemokraten (ČSSD) Anfang April werden. Bei Bestätigung Gross' im Amt des Parteivorsitzenden, wollte dieser weiter im Amt bleiben. Beobachter fragten sich, ob Kalousek eine Alternative zur Regierungsbeteiligung hätte. Neuwahlen wären aufgrund der schwierigen rechtlichen Situation nicht in Frage gekommen. Eine Minderheitsregierung unter Duldung der Kommunisten konnte nicht im Sinn der Christdemokraten sein und weder Gross noch die ČSSD machten irgendwelche Anstalten, an eine Regierung unter einem anderen Premier nachzudenken.

Endgültige Auflösung der Regierung

Seit dem ČSSD-Parteitag, der am Osterwochenende stattfand, zerfiel die tschechische Regierung rasant. Zuerst verließen die drei christdemokratischen Minister das Kabinett. Kalousek hatte seine Drohung in unbedingter Konsequenz wahr gemacht. Darauf folgte ein von den oppositionellen Bürgerdemokraten (ODS) eingebrachter Misstrauensantrag im Abgeordnetenhaus, den Premier Gross mit Hilfe der reformfeindlichen Kommunisten überstand. Gerade auf die Kommunisten wäre Gross mit seiner geplanten Minderheitsregierung angewiesen gewesen. Diese indirekte Zusammenarbeit widersprach jedoch dem Sinn und Zweck eines Beschlusses der ČSSD aus dem Jahre 1995, der jegliche Kooperation mit der früheren Staatspartei verbietet. Somit war die Abhängigkeit vom Wohlwollen der Kommunisten nicht nur für die drei christdemokratischen Minister ein Grund zum Rücktritt, auch einige sozialdemokratische Minister erwogen ein Ausscheiden aus der achtzehnköpfigen Regierung. Letzten Endes traten sieben Minister zurück: die christdemokratischen, die freiheitlichen Minister (des kleineren Koalitionspartners US-DEU) und der parteilose Jaroslav Bureš.

Staatspräsident Václav Klaus hielt jedoch die Demission der Minister zurück. Hintergrund war der Wille zur Verhinderung der faktischen Regierungsbetei-

ligung der Kommunisten. Sowohl einige Politiker als auch Beobachter der tschechischen Regierungskrise sind der Ansicht, Klaus hätte damit seine Kompetenzen überschritten. Der Politikwissenschaftler Bohumil Doležal ist der Meinung, dass der Präsident seine, ihm von der Verfassung eingeräumten Kompetenzen überschritten hätte: „Solange es einen Premier gibt, gibt es auch eine Regierung. Sobald der Premier fällt, fällt auch die Regierung. Aus Verfassungssicht ist es daher unerheblich, ob ein Minister zurücktritt oder alle.“

Erster Kompromiss scheiterte an Vorstandsbeschluss der ČSSD

Premier Gross hätte durch seinen Rücktritt die derzeitige Regierungskonstellation, also die Koalition aus Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen, schon früher retten können. Er selbst schlug vor, dass sich alle drei Parteien auf eine neue Regierung mit einem neuen Ministerpräsidenten einigen sollten. Gross knüpfte seinen Vorschlag allerdings an die Bedingung, dass auch die Koalitionspartner neue Leute und keine Parteispitzen ins Kabinett schicken sollten.

Überraschend schnell hatte man einen Nachfolge-Kandidaten für den glücklosen Ministerpräsidenten Gross gefunden: Jan Kohout, tschechischer Botschafter bei der Europäischen Union. Die seit Monaten andauernde Regierungskrise in Tschechien schien also beinahe beigelegt. Zwei Wochen nach dem Zerfall der Koalition brachte ein nächtlicher Verhandlungsmarathon von Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen am 14. April den Durchbruch. Man einigte sich darauf, dass zum einen der sozialdemokratische Diplomat Kohout Premier Gross ablösen würde. Zum anderen sollten sieben Minister ausgewechselt werden. Parteispitzen sollten nicht mehr vertreten sein. Auch Präsident Klaus bezeichnete die Vereinbarung als annehmbar.

Wenige Stunden später traf sich jedoch der Parteivorstand der Sozialdemokraten und lehnte den so mühsam geschlossenen Kompromiss ab. Sogar Gross sprach sich plötzlich für die Ablehnung des Kompromisses aus. Die ablehnende Haltung seitens der Sozialdemokraten wurde damit begründet, dass der Regierung erneut die beiden christdemokratischen Minister angehören sollten, die das Kabinett Gross bei der Vertrauensfrage im Unterhaus gemeinsam mit der oppositionellen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) nicht unterstützt hatten.

Daraufhin erklärte Regierungschef Gross öffentlich, dass er nicht mehr beabsichtige sein Amt niederzulegen. In der Spitze der ČSSD herrschte jetzt über das weitere Vorgehen Uneinigkeit: Während Premier Gross auch weiterhin eine pro-europäische und nicht-kommunistische Regierung vorzog, schloss die sozialdemokratische Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Jitka Kupčová, nicht mehr aus, dass auch eine sozialdemokratische Minderheitsregierung mit Unterstützung der Kommunisten entstehen könnte. ODS-Chef und Oppositionsführer Mirek Topolánek schlug eine große nichtkommunistische Koalition vor. Deren Ziel sollte die Einleitung vorzeitiger Neuwahlen sein.

Neuaufgabe der Koalition

Mit der Entscheidung dreier christdemokratischer Minister von allen Parteiämtern zurückzutreten, kam wieder Bewegung in die festgefahrene Situation. Sie, Außenminister Svoboda (bis dahin stellvertretender Parteivorsitzender) eingeschlossen, legten alle Parteiämter nieder. Die Minister folgten damit einer Forderung der Sozialdemokraten, dass bei einer möglichen Neuaufgabe der Koalition keine Spitzenfunktionäre der Parteien mehr dem Kabinett angehören sollten. Dieser Schritt öffnete das Tor zur Wiederaufnahme von Verhandlungen, sodass eine Regierung auf der Basis des bisherigen christdemokratisch-sozialliberalen Bündnisses wieder in Erwägung gezogen werden konnte. Diese Alternative wurde deshalb bedeutsam, weil Präsident Klaus nach wie vor der sozialdemokratischen Minderheitsregierung keine Zustimmung erteilen wollte.

Mittlerweile sprachen sich die Gremien der bisherigen Regierungsparteien für eine Neuaufgabe des Dreierbündnisses aus. Neuer Regierungschef soll Jiří Paroubek werden, der gegenwärtig das Ministeramt für Regionalentwicklung bekleidet. Bis zum Wochenende soll der Koalitionsvertrag erarbeitet werden. Dann wird Präsident Klaus die Demission der Minister annehmen und damit den Weg für eine Kabinettsneubildung frei machen. Im nächsten Kabinett werden voraussichtlich nur der parteilose Jaroslav Bureš und der liberale Minister für Informatik Vladimír Mlynar fehlen.

Die Bildung der alt-neuen Regierung wird jedoch die Krise der tschechischen Politik, insbesondere aber der Sozialdemokraten, kaum beenden. Paroubek und seine Kabinettsmitglieder werden schon genug Arbeit damit haben, bis zu den regulären Wahlen im Sommer 2006 und im Wesentlichen untätig zu überleben.

Die Sozialdemokraten aus den Klauen der Kommunisten befreit? Die Kommunisten als Phänomen der tschechischen politischen Landschaft.

Ministerpräsident Gross, dessen Affären der eigentliche Auslöser der Krise waren, überstand den Misstrauensantrag im Parlament nur dank der Stimmenthaltung der kommunistischen Abgeordneten. Die orthodoxen tschechischen Kommunisten (KSCM) waren somit schon zum zweiten Mal zu Königsmachern geworden, indem sie aktiv eine wichtige politische Entscheidung maßgeblich beeinflussten. Vor mehr als zwei Jahren verhalfen die Kommunisten Václav Klaus ins Präsidentenamt. Viele politische Beobachter vertreten seither die Meinung, dass die Sozialdemokraten nun zu Geiseln der tschechischen Kommunisten geworden sind. Diese Entwicklung war auch für viele Sozialdemokraten Anlass genug, Gross als Regierungschef fallen zu lassen. Durch das Einlenken Gross' konnte die alte Drei-Parteien-Konstellation wieder hergestellt und die Sozialdemokraten aus den Klauen der KSČM befreit werden.

Welche Konsequenzen eine offene Zusammenarbeit mit den Kommunisten gehabt hätte, beschreibt der Politikwissenschaftler Josef Mlejnek von der Karlsuniversität mit der „Bolschewisierung der Sozialdemokraten“. Gerade in

ihrem derzeitigen Zustand sei die Partei für populistische Rhetorik von links besonders anfällig. Ihr fehle ein klares Programm, eine feste Parteibasis und vor allem Politiker, „die im Stande wären, die gegenwärtige politische Garnitur zu ersetzen.“ Es besteht auch deswegen eine gewisse Affinität der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten, weil viele ČSSD-Parteimitglieder vormals in der kommunistischen Partei waren und dort sozialisiert wurden.

Ein weiteres Charakteristikum für die tschechische Parteienlandschaft ist die Tatsache, dass es die Kommunisten in der Tschechischen Republik nicht geschafft haben, wie etwa in Polen oder Ungarn, sich in eine postkommunistische Partei, angelehnt an westeuropäische Mitte-Links-Parteien, umzuwandeln. Trotzdem bekämen die Kommunisten nach den neuesten Umfragen 17,6 Prozent der Wählerstimmen. Auf Grund der starken Stellung der Kommunisten in Tschechien wird es immer schwieriger, eine stabile Regierungsmehrheit zu bilden, die sich auf eine breite Mehrheit in der Bevölkerung stützen kann. Auch deshalb ist es seit 1989 in Tschechien nie zu einem wirklichen Machtwechsel gekommen. Die Kommunisten sind eine feste Größe in der tschechischen Politik. Außerdem spalten sie wie keine andere Partei die tschechische Gesellschaft. Mit ihrer anachronistischen Politik und ihrem Festhalten an den Zuständen vor 1989 sind sie ein Relikt aus anderen Zeiten

Konservative ODS vor Paradigmenwechsel in Sachen EU-Verfassung?

Fünf Gründe „Nein“ zu sagen! So titelte die oppositionelle ODS noch vor zwei Monaten auf ihrer Homepage zum Thema EU-Verfassungsvertrag. Auch auf dem Parteitag der ODS lag das Flugblatt mit der klaren Botschaft aus. Die Parteiführung war der festen Überzeugung, der Verfassungsvertrag brächte für die Tschechen nur Nachteile. Es stand hinter dieser Überzeugung auch kein taktisches Geplänkel, keine oppositionelle Strategie: Vorsitzender Mirek Topolánek und sein Stellvertreter Petr Nečas machten auch in inoffiziellen Treffen und im kleinen Kreise immer wieder deutlich, dass sie sich aus sachlichen Erwägungen heraus einfach nicht mit dem Verfassungsvertrag anfreunden könnten.

Parteigründer und Staatspräsident Václav Klaus bezieht seit Monaten massiv Position gegen den Vertragsentwurf, geißelt ihn und die ganze EU als undemokratisch (Zitat: „postdemokratisch“), als sozialistischen, antiliberalen Mechanismus. Besonders tragisch ist aber aus seiner Sicht: der vermutete Souveränitätsverlust der Mitgliedsstaaten, die angebliche Bedeutungslosigkeit vor allem der kleinen Mitgliedsstaaten.

Hat sich dies alles geändert? Sind die Vertreter der ODS nun über Nacht glühende Anhänger der europäischen Integration geworden?

Wohl kaum. Aber: der Ton hat sich geändert und auch der Stil.

Vorsitzender Topolánek hatte immer klargestellt, er wäre Europäer und befürwortete die Integration. Lediglich der Verfassungsvertrag stieß nicht auf seine uneingeschränkte Zustimmung. Sollten aber alle zustimmen, so scheitere das Inkrafttreten nicht an Tschechien und sicherlich nicht an der ODS. Bereits diese einschränkende Sicht der Dinge rief bei seinem Vorgänger im Amt des Vorsitzenden, Václav Klaus, Widerspruch hervor.

Klaus intensivierte seine Kritik in dem Maße, wie Topoláneks Verlautbarungen konzilianter wurden: Zunächst verfasste er, seine „Zehn Gebote zum EU-Verfassungsvertrag“. Tendenz eindeutig! Kürzlich, nachdem er in mehreren Interviews ausländischer Zeitungen die Verfassung scharf verurteilt hatte, legte das „Zentrum für Ökonomie und Politik“ (CEP) unter massiver medialer Begleitung Klaus' neuestes Werk auf: „Sagen wir Nein oder Ja zum Verfassungsvertrag?“ Die Antwort gibt der streitbare Präsident gleich selbst: „Nein!“

Topolánek hingegen nahm sich in den letzten Wochen auffallend zurück. Die Partei schloss sich den verschiedenen Stellungnahmen des Parteigründers und Ehrenpräsidenten nicht an. Auch mit der Auflage antieuropäischer Publikationen des CEP will man bei der ODS nichts zu tun haben. Zuletzt reagierte Topolánek, zeitgleich mit der Veröffentlichung der genannten Schrift des Präsidenten, gereizt auf einen vorschnellen Vorstoß der Prager ODS: Diese hatte 40.000 Flugblätter drucken und verteilen lassen, auf denen gegen den Verfassungsvertrag polemisiert wurde. Topolánek ließ per Presseerklärung mitteilen, das Pamphlet gäbe nicht die Parteimeinung wider. Ganz im Gegenteil: es gäbe überhaupt keine offizielle Meinung der Partei zum Thema. Die Partei befände sich zum Thema Verfassungsvertrag in einem Meinungsbildungsprozess.

Parteibasis versus Parteiführung?

Woher aber der Gesinnungswechsel in der ODS?

Seit langem war bekannt, dass die Parteibasis der ODS, insbesondere aber die Wählerklientel, weder die EU-skeptische Politik des Parteigründers noch die gemäßigte Haltung der jetzigen ODS-Führung zur Gänze teilt. Bereits die Aufstellung der Wahlliste zum europäischen Parlament war von vielen Vertretern in der zweiten und dritten Reihe der Partei als zu Europa kritisch bemängelt worden. Ferner hat die Einführung der Regionalebene mit eigenständig gewählten Regionalregierungen den Provinzen mehr Einfluss verliehen. Da von 15 Regionen 14 ODS-regiert sind, ist gerade die Bedeutung der Regionalfürsten in der ODS stark gestiegen. Die Regionen aber sind gerade durch den EU-Beitritt (Stichwort: Strukturfonds) gestärkt worden. Einige Wortführer in den Regionen äußern sich daher zunehmend EU-freundlich und beeinflussen so die Parteimeinung.

Zuletzt nun versuchte sich die ODS durch eine repräsentative Befragung der Einstellung der ODS-Wähler zum Verfassungsvertrag Klarheit zu verschaffen. Das Ergebnis war zur Überraschung der ODS-Führung eindeutig: eine Mehrheit der ODS-Wähler (genaue Zahlen werden nicht genannt) würden in einem Referendum dem Verfassungsvertrag zustimmen. Dieses Ergebnis korreliert auch mit den Erhebungen im Zusammenhang mit dem Beitrittsreferendum: Zum Erstaunen aller war im Jahr 2003 festgestellt worden, dass gerade die ODS-Wähler nicht nur absolut, sondern auch relativ mit Abstand die höchste Zustimmungquote zum Beitritt aufwiesen. Es bewahrheitet sich jetzt die Einschätzung, dass eine Partei langfristig nicht gegen die Grundüberzeugungen der eigenen Wählerklientel agieren kann. Nach allen Umfragen führt die ODS allerdings mit großem Abstand und eine Regierungsbildung gemeinsam mit den Christdemokraten nach den Wahlen im Jahr 2006 gilt als sehr wahrscheinlich.

Die ODS wird sich wohl jetzt bewusst, dass ein aktives Eintreten gegen einen Verfassungsvertrag, den die eigene Klientel unterstützt, für die Durchführung erfolgreicher Wahlkämpfe nicht unbedingt förderlich ist. Ob dies dazu führen wird, dass die ODS dem Vertrag zustimmt, ist unklar. Die ODS-Führung befindet sich in einer Zwickmühle: Befürwortet sie ein Referendum zum Verfassungsvertrag und rät sie ihren Wählern abzulehnen, so könnte der Teil der potentiellen ODS-Wähler sich dem verweigern und entweder gegen die Parteiweisung stimmen oder gleich bei den nächsten Wahlen auch noch eine andere Partei wählen. Lehnen die Parlamentsfraktionen der ODS das Referendum ab und stimmen in den Parlamentskammern gegen den Verfassungsvertrag (es ist eine 3/5-Mehrheit erforderlich), könnte die Wählerklientel verärgert sein, dass ihre Meinung weder gefragt noch respektiert sei und der ODS bei den Wahlen die Gefolgschaft verweigern. In jedem Fall (eine Blamage will man nämlich vermeiden) sind die Chancen auf ein Referendum durch die jüngsten Entwicklungen gesunken.

Annäherung der ODS an die EVP:

Zu der sichtbaren Wandlung der ODS gehört auch der verstärkte Austausch Topoláneks mit konservativen Parteiführern aus ganz Europa. Topolánek macht Außenbeziehungen zunehmend zur Chefsache. Er entspricht damit einer Empfehlung der CDU-Vorsitzenden Merkel und ihrer Berater während des ersten Treffens der beiden am 29.06.2004. Während früher in erster Linie die Beziehungen zu den britischen Konservativen im Vordergrund standen, sucht Topolánek in auffälliger Häufigkeit die Nähe zu den Kollegen aus zentraleuropäischen Ländern: 2004 traf sich Topolánek zwei Mal mit Fr. Dr. Merkel, mit den MP Koch und Milbradt, in diesem Jahr besuchte Topolánek bereits Viktor Orban, Ivo Sanader, Wolfgang Schüssel und Mikuláš Dzurinda. Für den April sind Treffen mit Jan Maria Rokyta und Janez Jansa geplant. Außerdem plant er in der 2. Jahreshälfte eine Reise nach Berlin. Wichtigster Termin: Adenauerhaus, zwecks Abstimmung vor dem gemeinsamen Wahljahr. Topolánek nimmt seit kurzem auf ausdrücklichen Wunsch, unter anderem auch des Adenauer-Hauses, an den EVP-Gipfeln teil. Topolánek unterstützte in verschiedenen Verlautbarungen die EVP-Linie, z.B. im Fall eines EU-Beitritts Kroatiens. Selbst in der EVP-Fraktion tragen die ODS-Abgeordneten unter Vorsitz des tschechischen Delegationsleiters, Jan Zahradil die Fraktionslinie fast durchgehend mit. Die ODS: eine Partei vor großen Aufgaben, aber auch eine Partei im Wandel.

Prag, den 21.04.05

Dr. Gehroid
(Außenstellenleiter)

Andreas Lammert

Pavĺína Richterová
(Wiss. Mitarbeiterin)